

Rede Klaus Bullan, Vorsitzender GEW Hamburg, LVV 26.05.2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die GEW- Hamburg befindet sich in einem Arbeitskampf. Die Kita-Beschäftigten sind von ver.di und GEW für heute und morgen zu einem Warnstreik aufgerufen. Es geht dabei um einen Gesundheitstarifvertrag, der den gesundheitlichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in den Kitas endlich Rechnung trägt.

Auch die Kita-Beschäftigten werden immer älter und ihre Belastungen steigen!

Gleichzeitig drückt die Entgeltordnung in diesem Bereich nicht gerade Wertschätzung aus, auch darum wird es in den nächsten Wochen und Monaten gehen. Es ist geplant, dass eine Delegation der Streikenden nachher zu dieser LVV kommt – es ist mir aber wichtig, schon hier und am Anfang meines Rechenschaftsberichts deutlich zu machen, dass wir alle hinter den Forderungen der Beschäftigten stehen und dass wir stolz auf unsere Kolleginnen und Kollegen sind, die für alle Beschäftigten heute in Hamburg und in anderen Teilen Deutschlands streiken!

Anfang dieses Jahres haben wir bereits Warnstreiks bei den öffentlich Beschäftigten im Landesdienst durchgeführt und es ist uns gelungen, auch weil wir Entschlossenheit und Kampfbereitschaft gezeigt haben, in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit Anschluss an die Einkommensentwicklung der kommunalen Beschäftigten zu halten. Mehr und mehr mischt sich auch die GEW aktiv in die Tarifikämpfe ein – und das ist gut so! Nie zuvor war die GEW so zahlreich an Streiks beteiligt! Das zeigt nämlich den Kolleginnen und Kollegen, dass die Gewerkschaften wichtig sind und etwas erreichen können – auch wenn die Kompromisse oft schmerzhaft sind – es kommt allemal mehr raus, als uns die Arbeitgeber freiwillig geben würden.

Erfreulich ist, dass die Übernahme für den Beamtenbereich zeit- und inhaltsgleich durchgesetzt werden konnte. Wenn wir unsere Arbeitskampffähigkeit weiter entwickeln, werden wir noch erfolgreicher in der Zukunft sein!

Hinter uns liegen aufregende Monate, vor uns liegen schwierige, aber auch entscheidende Zeiten.

Deutschland und die Welt stecken in der tiefsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit einem Jahrhundert. Die Vergleiche zur Weltwirtschaftskrise ab 1929 werden häufig gezogen, meines Erachtens zu Recht.

Aus dem Finanzsektor ist die Krise weltweit sehr rasch auf die Realwirtschaft übergeschwappt- mit allen gravierenden Konsequenzen:

Banken- und Unternehmenszusammenbrüche führen zu ausbleibenden Investitionen, rückgehenden Steuereinnahmen und vor allem steigender Massenarbeitslosigkeit. Und wenn die Gesundheitsminister unter den Politikern und sogenannten Wirtschaftsfachleuten jetzt von einem absehbaren Ende des Abschwungs und dem Licht am Ende des Tunnels reden, dann stellen sie sich nicht der Realität, in der täglich neue Hiobsbotschaften von gefährdeten Unternehmen wie Opel oder Karstadt bekannt werden. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen damit rechnen, dass sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland und auch in Hamburg noch mindestens bis Ende 2010 massiv ausweiten wird- ich fürchte, wir stehen erst am Anfang.

Die Schätzungen für 2010 liegen bei zusätzlich weit über einer Mio. Arbeitslosen. Angesichts dieser Einnahmerückgänge und der zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte ist nicht auszuschließen, dass uns eine Agenda 2020 ins Haus steht, die die Agenda 2010 bei weitem in den Schatten stellt. Schon jetzt sind

die Rufe nach Einsparungen im Sozialhaushalt vernehmbar. Und angesichts des Irrsinns, die die große Koalition noch in dieser Woche mit Unterstützung der FDP plant, nämlich eine Schuldenbremse ins Grundgesetz aufzunehmen, kann einem Angst und bange werden. Das darf nicht durchkommen, Kolleginnen und Kollegen, denn eine solche Schuldenbremse engt den Handlungsspielraum des Staates enorm ein.

In Hamburg ist die offizielle Arbeitslosigkeit bereits im April auf über 80.000 gestiegen, das sind gegenüber November 2008 12% mehr! Die hohe Exportabhängigkeit der Hamburger Wirtschaft kommt hierin zum Ausdruck und wird die Stadt weiter belasten. Die aktuellen Steuerschätzungen im Bund kommen zu erwarteten Mindereinnahmen bis 2012 von über 300 Milliarden!

Allein Hamburg verliert im ersten Quartal 2009 115 Mio. Euro an Steuereinnahmen. Gleichzeitig werden in Hamburg Mrd. aus Steuermitteln für die Rettung der HSH Nordbank bereitgestellt, die bei risikoreichstem Verlauf die Mittel des gesamten Hamburger Haushalts übersteigen!

Kolleginnen und Kollegen, diese folgenreiche Zockerei der Landesbanken mit Casino-Kapitalismus zu beschreiben, ist eine massive Verharmlosung und Rufschädigung des Casinos, denn dort wird in der Regel das eigene Geld eingesetzt, das Risiko ist kalkulierbar und der Verlust wird aus eigener Tasche bezahlt – das alles trifft auf unsere Eliten in den Banken und Aufsichtsräten nicht zu – sie verzocken fremdes Geld, blind für die Risiken und dann sollen wir auch noch die Verluste ausgleichen!

Die Banken seien systemrelevant, deshalb müsse man ihnen helfen, heißt es jetzt!

Wie systemrelevant sind denn unsere Bildungseinrichtungen?

Will sich diese Gesellschaft neben kostspieligen bad banks auch bad schools leisten- in denen mit unzureichenden Mitteln Kinder und Jugendliche unzureichend gebildet und ausgebildet werden?

Das wird uns auf Dauer weit teurer kommen, als die bad banks!!!

Unsere Argumente für eine bessere Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen, bessere Bezahlung des Personals und Arbeitszeitreduzierungen finden bestenfalls wohlwollendes Nicken (bei denen, die sich Argumenten nicht verschließen).

Kolleginnen und Kollegen, ich kann es nicht mehr hören, wenn die Bildungspolitiker der meisten Parteien unsere Forderungen für berechtigt erklären, aber stets erklären, mit ihren Haushältern sei das nicht zu machen, da müsse man sich was kostenneutrales ausdenken!

Wo leben wir denn, wenn die Haushaltspolitiker entscheiden, wie viel Geld für die Bildungseinrichtungen der Bürgerinnen und Bürger ausgegeben wird!

Schlimmstenfalls stoßen wir mit unseren Forderungen auf arrogante Ignoranz (bei denen, die abgehoben von den sozialen Realitäten in dieser Stadt glauben, ihre uralten Vorurteile gegenüber Lehrkräften weiter pflegen zu können).

Und weil wir konkret sein wollen: einer von denen ist Staatsrat Schön, der im Auftrag des Ersten und der zweiten Bürgermeisterin in unnachahmlichem Behördenjargon feststellt, dass der Senat in Sachen **Altersentlastung** für Lehrkräfte über 50 keinen Handlungsbedarf sieht!

Welch ein Irrtum, rufen wir ihm zu!

Unsere Demonstrationen vom November 2008 und April 2009 mit vielen Tausend Kolleginnen und Kollegen während der Unterrichtszeit haben unseren Forderungen und unserer Mobilisierungsfähigkeit Anerkennung in der Öffentlichkeit und den

Medien gebracht, aber keine materiellen Erfolge. Unsere Aufforderungen, zu verhandeln, werden ignoriert.

Nun sind wir als Gewerkschaft dazu da, die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten.

Dazu gehören Verhandlungen – aber wie ihr wisst, zum Verhandeln gehören immer zwei.

Zum Arbeitskampf, für Arbeitsniederlegungen brauchen wir viel mehr als zwei, da brauchen wir tausende von Kolleginnen und Kollegen.

Im Lichte unserer Erfahrungen mit einem potenziellen Verhandlungspartner und unserer Erfahrungen im November und April mit unseren Kollegen schlagen wir vor, jetzt an unseren Schulen dafür zu mobilisieren,

die Kolleginnen und Kollegen über 50 am Anfang des kommenden Schuljahrs zu einem ganztägigen Streik aufzurufen!

Dazu nachher der Dringlichkeitsantrag.

Das Konjunkturprogramm in Hamburg, in dem 550 Mio. verplant sind, ganz überwiegend aus Bundesmitteln finanziert, kommt nicht zur Wirkung, weil die Genehmigungsverfahren sich bis in die zweite Hälfte des Jahres hinziehen, bis Mitte Mai ist noch kein Auftrag vergeben worden.

So ist das eben, wenn in Beton und Stahl investiert wird.

Ich will das nicht gegeneinander ausspielen, wir brauchen auch diese Investitionen: Aber: In Bildung investieren heißt für uns nicht in erster Linie bauen, sondern in die Köpfe investieren, in Personal zur Verbesserung der Lage an den Schulen!! Dazu gehört Arbeitszeitverkürzung mit der Folge der Entlastung alter und der Einstellung neuer Lehrkräfte.

Alte entlasten – neue Einstellen ist auch ein sofort wirkendes Konjunkturprogramm und schafft Beschäftigung, statt die Arbeitslosigkeit weiter hoch zu treiben!

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen von denjenigen politischen Kräften, die verantwortlich sind für das Desaster der Finanzkrise – konkret für Hamburg die Situation der HSH-Nordbank – und die diese Stadt damit tief in die Krise getrieben haben, keine Nachhilfe in Sachen verantwortungsvoller Haushalts- und Ausgabenpolitik! Sie haben gezeigt, was sie können!

Wir werden es in der nächsten Zeit noch schwerer haben, unsere Forderungen nach Entlastungen an den Bildungseinrichtungen durchzusetzen, aber – Kolleginnen und Kollegen – wenn Banken und Großunternehmen systemrelevant sind, dann sind es Schulen, Kitas und Hochschulen erst recht!

Angesichts der Haushaltsrisiken in Hamburg in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, aber auch infolge des finanziellen Ausblutens der öffentlichen Haushalte durch massive Steuersenkungen für die Unternehmen und Reichen in dieser Stadt in den zurückliegenden Jahren, die wir immer kritisiert haben, wird es für gewerkschaftlichen Forderungen noch schwieriger werden.

Schon haben Schleswig-Holstein und Bremen eine Haushaltssperre verhängt – und auch die Finanzierung der **Schulreform** in Hamburg scheint mehr als unsicher.

Der zentrale Vorbehalt gegenüber den Reformplänen, wie sie im Rahmenkonzept vorgestellt sind, liegt aus Sicht der GEW in der Ressourcenfrage.

Gibt es die notwendigen Stellen bzw. Unterrichtsstunden und Rahmenbedingungen, wie Klassen- und Kursgrößen sowie die notwendigen Räume und Gebäude und deren Ausstattung, um erfolgreich arbeiten zu können?

Viele Hinweise im Rahmenkonzept bleiben da sehr vage und ungenau. Es kommt aber gerade darauf an, wenn die Erfolgsaussichten der Reform beurteilt werden sollen. Hierzu gehören – unabhängig von der Schulform- die Lehrerarbeitszeitfaktoren, die im Rahmenkonzept offen bleiben, die bereitzustellenden Stunden für Teamarbeit, aufwändigere Kompetenzfeststellungsverfahren bzw. Zielklärungsgespräche, die Entwicklung neuer Konzepte für die neue Schulstruktur auf allen Ebenen sowie Fortbildungsbedarfe für all das.

Die Schulstrukturreform wird weder an der Primarschule, noch an der Stadtteilschule noch am Gymnasium erfolgreich umgesetzt werden können, wenn hier nicht in hoher Zahl in neue Stellen investiert wird.

Wir werden auch zu diesem Thema anhand eines euch vorliegenden Antrags nachher diskutieren.

Es gibt in dieser Krise ermutigende Zeichen. Dazu gehört, dass es in Europa und auch in diesem Land endlich wieder gewerkschaftliche Demonstrationen von Hunderttausenden Kolleginnen und Kollegen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf uns alle gibt.

Wer wie ich am 16. Mai in Berlin dabei war, hat miterlebt, dass gewerkschaftliche Organisation nach wie vor ein bedeutender Machtfaktor in diesem Land und in Europa ist. Wir sind mobilisierungsfähig und kampagnenfähig - und die Stärkung des Vertrauens in die eigene Kraft – unabhängig von den politischen Parteien – ist von zentraler Bedeutung für Erfolge des DGB und auch der GEW.

Ich weiß nicht, wie es euch geht – mir gehen die meisten Werbeplakate der Parteien zu Europawahl ziemlich auf die Nerven. Das inhaltslose „Hamburg für Europa“, „Wir für Europa“ und dergleichen mehr konterkariert die Kampagne der Parteien zur Wahlbeteiligung der Bürger und geht an den Problemen der Bürger in dieser Stadt und in diesem Land weitgehend vorbei.

Jedenfalls ist eine Bewegung von unten, von den vielen sozialen Initiativen und nicht zuletzt von den Gewerkschaften europaweit dringend nötig, um Europa zu einem Europa der Arbeitnehmer, der sozialen Rechte und des Friedens zu machen. Wir als GEW beteiligen uns daran!

Das hat auch der Gewerkschaftstag der GEW in Nürnberg gezeigt. Parteipolitische Unabhängigkeit, innergewerkschaftliche Demokratie, Streitbarkeit und Offenheit der Debatte sind keine Hemmnisse für gewerkschaftliche Kampfkraft, sondern Grundbedingungen dafür. Ihr habt die Berichte in der hlz gelesen, die weitere Auswertung wird in den GEW- Publikationen der nächsten Monate folgen – ich will das hier nicht vertiefen.

Eins ist mir allerdings so wichtig, dass ich es hier anspreche:

Die GEW ist die einzige Gewerkschaft im DGB, die 2008 wieder unter dem Strich Mitgliederzuwächse hat!

Auch in Hamburg steigen die Mitgliederzahlen in 2009 wieder an.

Das ist sicherlich auch auf die Mitgliederprojekte zurückzuführen, die wir in den letzten Jahren mithilfe der Mittel aus dem Kampffonds durchgeführt haben. Der Gewerkschaftstag hat weitere 2 Mio. € dafür beschlossen. Für uns ist existenziell, dass der Generationenwechsel gelingt – erfreulich ist, dass es erste Ansätze dazu gibt, wir haben inzwischen aktive jüngere Kolleginnen in den Gremien, es gibt aktive Gruppen der Referendare, der jungen GEW und der Studis – ihr auftreten auch auf

dem Gewerkschaftstag war aus meiner Sicht ein ermutigendes Zeichen für die Initiative in die richtige Richtung.

Sie sind es, die aus der GEW heraus auch den Bildungsstreik der Schülerinnen und Studierenden, der bundesweit vom 15.-19. Juni stattfindet, organisieren. Und es ist auf ihr Engagement zurückzuführen, dass die GEW-Hamburg, inzwischen auch die GEW insgesamt und der DGB Bundesvorstand den Bildungsstreik unterstützt. Auch diese Bewegung ist aus meiner Sicht ein ermutigendes Zeichen dafür, dass Bewegung in dieses Land kommt – und zwar in die richtige Richtung.

Ich danke euch.